

<https://www.tagesschau.de/inland/habeck-insolvenzen-maischberger-101.html> 7.9.2022

Ministerium kontert Kritik an Habeck

Bei mangelnder Nachfrage könnten Bäcker oder Bioläden "einfach erstmal aufhören zu produzieren". Für diese Aussage in einer ARD-Talkshow erntete Wirtschaftsminister Habeck viel Kritik. Sein Ministerium veröffentlichte nun eine Klarstellung.

Das Bundeswirtschaftsministerium ist der heftigen Kritik an Äußerungen von Minister Robert Habeck zur Frage einer möglichen Insolvenzelle entgegengetreten. Habeck habe lediglich "den wichtigen Unterschied" zwischen Insolvenzen und Betriebsaufgaben deutlich machen wollen, erklärte eine Sprecherin.

Habeck hatte am Dienstagabend in der ARD-Sendung Maischberger auf die Frage, ob er mit einer Insolvenzelle am Ende dieses Winters rechne, geantwortet: "Nein, das tue ich nicht. Ich kann mir vorstellen, dass bestimmte Branchen einfach erstmal aufhören zu produzieren."

"Dann sind die nicht insolvent automatisch"

Als Beispiel nannte er Blumenläden, Bioläden und Bäckereien, weil diese Läden "darauf angewiesen sind, dass die Menschen Geld ausgeben". Solche Betriebe hätten dann wirkliche Probleme, weil es eine Kaufzurückhaltung gebe. "Dann sind die nicht insolvent automatisch, aber sie hören vielleicht auf zu verkaufen", sagte Habeck.

Er betonte aber zugleich, dass man an Unterstützungsprogrammen für bestimmte Betriebe arbeite. "Diese politische Entscheidung haben wir noch nicht gefällt", sagte Habeck. Die Unterstützung müsse so konzipiert sein, dass die finanziellen Möglichkeiten zielgenau eingesetzt würden und die Betroffenen erreichten.

Merz: Hoffentlich haben die Bäcker schon geschlafen

Unionspolitiker reagierten mit Empörung und Spott auf Habecks Ausführungen in der Talkshow. CSU-Generalsekretär Martin Huber erklärte, Habeck habe "keine Ahnung vom Wirtschaften, er steht fürs Abwirtschaften".

Friedrich Merz, CDU-Vorsitzender und Chef der Unionsfraktion im Bundestag, unterstellte dem Grünen-Politiker Hilflosigkeit in der aktuellen Krise: "Man kann nur hoffen, dass ein Großteil der deutschen mittelständischen Unternehmer und vor allem der Bäckerinnen und Bäcker um diese Uhrzeit schon im Bett gelegen haben und geschlafen haben und das nicht mit ansehen mussten", sagte Merz.

Auch die angesprochene Branche meldete sich inzwischen zu Wort. "Minister Habeck hat damit viele Mittelständler und insbesondere das Bäckerhandwerk aufgebracht", sagte der Hauptgeschäftsführer des Zentralverbands des Deutschen Bäckerhandwerks, Daniel Schneider. "Eine Bäckerei kann nicht einfach für drei Monate zumachen und danach weiter laufen. Brotessen wird nicht nachgeholt." Das Bäckerhandwerk hat nach Angaben des Verbands aktuell drei Hauptprobleme: Die Energiekrise verteuere die Produktion, Rohstoffe seien knapp und teuer und der Fachkräftemangel erschwere die Personalsuche.

https://www.chip.de/news/Engpaesse-bei-Aldi-und-Lidl-Vielerorts-leere-Regale_184413191.html 8.9.2022

Leere Regale bei Aldi und Lidl: Viele Produkte sind aktuell nicht mehr verfügbar

Beim Einkauf bei Aldi und Lidl warten auf viele Kunden aktuell Enttäuschungen. Viele Produkte bekannter Markenhersteller sind derzeit nur eingeschränkt oder gar nicht verfügbar, wie die ["Lebensmittel Zeitung" berichtet](#).

So klaffen bei Lidl etwa aktuell bei Produkten von Beiersdorf, Danone, Henkel oder Müllermilch große Lücken in den Regalen. Bei Aldi Nord

müssen Kunden derzeit auf auffällig viele Nestlé-Waren verzichten, bei Aldi Süd wurde das Sortiment von Henkel stark ausgedünnt.

Gründe für die Engpässe gibt es viele: Die Discounter befinden sich demnach [ähnlich wie die Supermarkt-Konkurrenz](#) mit vielen Herstellern in zähen Preisverhandlungen, die unter anderem auf Preisstreitigkeiten, Lieferschwierigkeiten oder auch Auslistungen einiger Artikel zurückzuführen sind.

Insiderberichten zufolge werden die Markenartikel-Angebote von Lidl und Aldi teils sogar grundsätzlich in Frage gestellt. Ein Grund: Die Hersteller haben im Verlauf des Jahres für viele der Waren mehrere Preiserhöhungen durchgeboxt, was sich auch auf den Umsatz der Händler auswirkt.

.....

<https://www.agrarheute.com/management/agribusiness/energiekrise-versorgung-fleisch-wurstwaren-mehr-sicher-597670> 8.9.2022

Energiekrise: Versorgung mit Fleisch- und Wurstwaren nicht mehr sicher

Wegen der unsicheren Energieversorgung und mangelnder Unterstützung durch die Regierung warnen der Verband der Fleischwirtschaft (VDF) und der Bundesverband Deutscher Wurst- und Schinkenproduzenten (BVWS) vor einem nicht mehr ausreichenden Angebot an Schweinefleisch.

Während der gemeinsamen Jahrestagung von VDF und BVWS machten die Verbände darauf aufmerksam, dass der Schlacht- und Verarbeitungsbetrieb über eine Zuteilung von Gas im Falle einer Mangellage im Unklaren gelassen werde. Es gebe keine Zusage dafür, dass genügend Energie für die Versorgung der Bevölkerung zur Verfügung stehe.

Keine verlässliche Perspektive hätten die Landwirte außerdem beim Umbau der Nutztierhaltung, weil es Unterstützung aus der Politik mangle.

Ein weiteres Problem seien die wegen der Afrikanischen Schweinepest (ASP) verhängten Importverbote in Drittländer. Sie führten dazu, dass die wirtschaftliche Vermarktung und nachhaltige Verwendung des gesamten Tierkörpers für die Schlachtbetriebe nicht mehr wie zuvor möglich sei und deshalb zu spürbaren Ertragseinbußen führe, so der VDF.

<https://www.agrarheute.com/markt/marktfruechte/getreidepreise-steigen-steil-russland-will-getreidedeal-stoppen-597640> 8.9.2022

Getreidepreise steigen steil an – Russland will Getreidedeal stoppen

Die europäischen Weizenpreise stiegen am Mittwoch um 3,1 % auf den höchsten Stand seit fast zwei Monaten. Der Markt preist damit das mögliche Ende des Getreidekorridors am Schwarzen Meer ein, sagte ein Getreidehändler. Russlands Präsident Putin sagte, Russland und die Entwicklungsländer seien durch das von der UNO vermittelte ukrainisches Getreideexportabkommen „betrogen“ worden.

Auslöser des [Preissprungs bei Getreide](#) ist die massive Kritik [Russlands](#) an dem [Exportabkommen für ukrainisches Getreide](#) aus den ukrainischen Exporthäfen am Schwarzen Meer. Russlands Außenminister Sergej Lawrow forderte außerdem die Aufhebung „logistischer Sanktionen, die den freien Zugang russischen Getreides und Düngemittels zu den Weltmärkten verhindern“.

Hochrangige UN-Vertreter und russische Beamte trafen sich deshalb am Mittwoch in Genf, um russische Beschwerden zu erörtern, dass westliche Sanktionen seine Getreide- und Düngemittelsexporte behindern, berichten Reuters und andere internationale Nachrichtenagenturen.

Moskaus Beschwerden gehen den Gesprächen voraus, die darauf abzielen, das Getreide-Abkommen zu verlängern, das die Schwarzmeerexporte der Ukraine erlaubt.

Russland fühlt sich betrogen – Getreide geht anderswo hin

Der russische Präsident Wladimir Putin sagte am Mittwoch, das Abkommen liefere Getreide, andere Lebensmittel und Düngemittel vor allem an die Türkei und an die Europäische Union und nicht an arme Länder. Putin sagte außerdem, Russland und die Entwicklungsländer seien durch das von der UNO vermittelte ukrainisches [Getreideexport](#)abkommen „betrogen“ worden.

Er will deshalb seine Bedingungen überarbeiten, um die Länder zu begrenzen, die Lieferungen erhalten können. Im August gingen [die globalen Getreidepreise](#) deutlich zurück. Dieser Rückgang war zu einem erheblichen Teil auf die Wiederaufnahme der [kommerziellen Exporte aus den Schwarzmeerbäfen](#) in der Ukraine zurückzuführen“, sagte der Sprecher der Vereinten Nationen.

<https://www.agrarheute.com/gefluegelpest-niedersachsen-hat-besorgniserregendes-ausmass-597658> 8.9.2022

Geflügelpest: Die besorgniserregende Entwicklung in Deutschland

Die Niedersächsische Ministerin für Landwirtschaft informiert über die aktuelle Lage der Geflügelpest.

Die hochansteckende [Geflügelpest](#) breitet sich immer weiter und stärker aus. In Deutschland gab es im Zeitraum vom 01.10.2021 bis zum 31.06.2022 insgesamt 90 Ausbrüche der Geflügelpest beim Hausgeflügel. [Im selben Zeitraum wurde in Niedersachsen das Geflügelpestvirus in 32 Hausgeflügelhaltungen in 14 Landkreisen festgestellt.](#)

Allein seit Juli mussten schon mehr Tiere getötet werden als im gesamten Herbst 2021/22. Zehn Ausbrüche in sieben Landkreisen gab es dem 1. Juli laut dem Landwirtschaftsministerium [Niedersachsen](#) (ML).

In allen Fällen sei unter anderem bei Puten und Legehennen das Virus vom Subtyp H5N1 nachgewiesen worden.

Insgesamt mussten seit dem 1. Juli 2022 Ministerin [Barbara Otte-Kinast](#) zufolge bereits rund 616.000 Tiere getötet werden, im letzten Herbst und Winter waren es 510.000 Tiere. Die Kosten des Geflügelpestgeschehens 2021/2022 betragen dem Ministerium zufolge gut 9,8 Mio. Euro.

Geflügelpest ist derzeit ganzjährig im europäischen Raum

"Anders als in all den Jahren zuvor ist das Geflügelpestvirus im Sommer 2021 erstmals nicht mit den Zugvögeln verschwunden, sondern in den heimischen Wildvögeln verblieben", erläuterte Otte-Kinast.

Geflügelpest: Bisherige Entschädigungskosten belaufen sich auf 4,9 Mio. Euro

Der Niedersächsischen [Tierseuche](#)kasse liegt erst ein Teil der Anträge auf Entschädigung der getöteten Tiere vor. Die Kosten allein für die bisher beantragten [Entschädigungen und Tötungsmaßnahmen belaufen sich auf geschätzt 4,9 Mio. Euro.](#)

<https://www.agrarheute.com/land-leben/wegen-klimawandel-erste-stadt-weltweit-verbietet-fleisch-werbung-597637> 8.9.2022

Wegen Klimawandel: Erste Stadt weltweit verbietet Fleisch-Werbung

Eine niederländische Stadt hat als erste weltweit nun die Werbung für Fleischprodukte verboten. Doch auch andere Bereiche sind betroffen.

Wie das Magazin GEO berichtet, will Haarlem bei [Amsterdam](#) im Nordwesten der [Niederlande](#) als erste Stadt der Welt auf öffentlichen Flächen keine Werbung für [Fleisch](#)produkte mehr zulassen. Dies wurde letzte Woche offiziell verkündet.

Ab 2024 sollen an Bussen, Wartehäuschen und auf Werbeflächen im öffentlichen Raum keine Fleischwaren mehr beworben werden. Grund für den Beschluss seien die negativen Auswirkungen des [Fleischkonsums](#) auf den voranschreitenden [Klima](#)wandel.